STADT PUCHHEIM

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Datum:	17.02.2020	**Beginn:**	17:00 Uhr
Ort:	Boschstraße 1; Besprechungsraum 4.OG	**Ende:**	19:16 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Mitglieder des Sozialausschusses

Eger, Christine
Ehm, Rosmarie
Gigliotti, Gisella
Hoiß, Günter
Ostermeier, Maria
Strobl-Viehhauser, Sonja
von Hagen, Michaela
Wiesner, Marga
Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Bock, Katharina

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Kindertagesbetreuung; Bericht zum "KiTa-Gipfel" und Vorschlag "Sofort-programm KiTa 2020"	2020/1091
TOP 3	Verstetigung des Ehrenamtsprojekts für Jugendliche „Euer Engagement – Puchheim sagt Danke!“	2020/1097
TOP 4	Projekt Ehrenamt für Senioren	2020/1093
TOP 5	Erlass der Satzung über die Benutzung öffentlicher Spielplätze der Stadt Puchheim (Spielplatzsatzung)	2019/1026
TOP 6	Verwendung des Vereinsvermögens des Vereins Interessengemeinschaft der Bewohner Puchheim Planie e.V.	2020/1085
TOP 7	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Alle Stadträte seien anwesend. Einwände gegen die Tagesordnung gab es nicht. Die Niederschriften des Sozialausschusses vom 15.07.2019 und 22.10.2019 wurden genehmigt mit dem redaktionellen Hinweis auf die zu korrigierenden Formatierungen des Protokolls vom 15.07.2019. Stadtrat Hoiß bat darum das nächste Protokoll zeitnah zu erstellen.

TOP 2 Kindertagesbetreuung; Bericht zum "KiTa-Gipfel" und Vorschlag "Sofortprogramm KiTa 2020"

Herr Kulzinger berichtete vom „KiTa-Gipfel“, der vor allem das überdurchschnittlich starke Rekrutierungsproblem in den Erzieherberufen verdeutlicht habe. Er skizierte anhand einer PowerPoint Präsentation mögliche Lösungen des „Puchheimer Qualitätsfonds“, um unter anderem dem Fachkräftemangel in den Puchheimer Kindertageseinrichtungen entgegenzuwirken und die Qualität der Kinderbetreuung in Puchheim zu sichern und weiterzuentwickeln. Fördermaßnahmen sollten im Rahmen der neuen KiTa-Finanzierung auf den Gebieten der Partizipation, Gesundheitsförderung, Erziehungspartnerschaft, Einrichtungsübergänge, Chancengerechtigkeit, sprachliche Bildung, Kooperation mit Dritten, Bildungsprojekte und Personalentwicklung ausgebildet und zwischen Stadt und Trägervertretern abgestimmt werden. Wobei der Fokus zunächst primär auf der Entwicklung der Qualitätskomponente „Personal“ liege, da ohne Personal andere Maßnahmen nicht umgesetzt werden könnten. Für eine Förderung von zusätzlichen Personalstellen würden als Sofortprogramm KiTa 2020 fünf Anspruchs- bzw. Zielgruppen vorgeschlagen. Man müsse dann mit den Trägern die konkrete Umsetzung noch besprechen. Stadträtin Gigliotti erkundigte sich welches Geld von welchen Einrichtungen aus dem 100.000 Euro Projekt für welche Projekte abgerufen wurde. Weiter wies sie darauf hin, dass die Anspruchsgruppen schon vergütet werden würden. Wo solle hier noch zusätzlich eine Leistung erfolgen, wenn die Erzieherin in einer Gruppe mehr verdiene als die Kinderpflegerin. Von den Fachakademien seien Kinderpflegerinnen auch angehalten Ausbildungsbeihilfe zu erhalten, bzw. viele Gemeinden/Städten würden eigene Unterkünfte für Erziehungspersonal zur Verfügung stellen. Die Ideen seien alle super, das Problem des mangelnden Stammpersonals zur Aufrechterhaltung des status quo sei in den Fokus zu stellen, da der Arbeitsmarkt leergefegt sei. Sie erkundigte sich nach ihrer Anfrage, welche Einrichtungen und Träger schon Zulagen zahlen würden und ob diese auch um die Beträge erweitert werden könnten, die die Stadt zur Vervollständigung der gesamten Großraumzulage bezahlen müsste. Herr Kulzinger antwortete, dass es den Trägern um die anfallenden Personalkosten ginge.

Hier könne man sicher diskutieren, ob man das vorhandene Personal nicht stärker unterstütze, hierdurch würden keine neuen zusätzlichen Stellen entstehen. Daher war von den Trägern die Bitte geäußert worden, dass die Stadt die Kosten fürs auszubildende Personal übernehme, das nicht auf den Anstellungsschlüssel angerechnet werde, sondern zusätzlich in der Gruppe sei. Der Vorsitzende ergänzte, dass der Weg neues Personal zu gewinnen und dieses längerfristig an Puchheim zu binden gerade Teil des Tagesordnungspunktes sei. Auf dem KiTa—Gipfel habe man sich den Herausforderungen auch aus der Sicht des Kindes genähert und hieran mögliche Lösungsansätze für eine Qualitätserhaltung entwickelt. Man wolle neues Personal in die Einrichtungen einbringen und eine Entwicklung der Modelle fördern. Zudem müsse der bestehende Personalstand gesichert werden. Man müsse, um Abwerbetendenzen entgegenzuwirken, auch in Austausch mit anderen Kommunen treten. Über Arbeitsplatz- und Ballungsraumzulage würden einige Kommunen hier schon Ausgleiche schaffen. Er habe am Kreisgemeindetag bereits angesprochen, dass er eine Tabelle über die unterschiedlichen Leistungen und deren zukünftigen Pläne im Landkreis zum besseren Vergleich erstellen wolle. Ebenso wolle man über den Städtetag ein gemeinsames Vorgehen in Bayern abstimmen. München habe hier ohne Absprache mit andern Kommunen im Alleingang gehandelt. Ob eine Sockelhebung des Gehalts für mehr Personal sorge, sei fraglich. Wichtig sei vor allem politisch zu entscheiden, wer die Großraumzulage finanziere. Er sehe dies nicht als alleinige Aufgabe der Kommune, sondern als Gemeinschaftsaufgabe aller, die an einer guten Kinderbetreuung interessiert seien. Mit der Qualitätsoffensive sei noch nicht entschieden, dass die Großraumzulage gezahlt werde. Stadträtin Strobl-Viehhauser erkundigte sich nach dem Modell Optiprax und schlug vor vermehrt auf Ausbildungsmessen für Jugendliche für den Erzieherberuf zu werben. Herr Kulzinger antwortete Optiprax sei ein neues Model wonach die Auszubildenden bezahlt werden würden. Um Nachwuchskräfte für die Einrichtungen zu gewinnen, werde eine Werbung an den Schulen in Zusammenarbeit mit den Kitas empfohlen, dies könne nach Möglichkeiten sicher auch auf Messen ausgedehnt werden. Stadträtin von Hagen fragte nach, ob darüber nachgedacht wurde Auszubildende mit einem zusätzlichen monatlichen Bonus zu entlohnen, wenn Sie sich bereits in der Ausbildung für einen längeren Zeitraum nach der Ausbildung an Puchheim binden. Herr Kulzinger antwortete, dass dies für ein Jahr vorgeschlagen wurde aber mit den Trägen abgestimmt werden müsse, da diese über die Erfahrung verfügten wie Fachkräfte zu halten seien. Stadtrat Wuschig wies auf die unterschiedlichen Aussagen darüber hin, welche Kommune was genau leiste. Anhand der Aufschlüsselung der Kosten müsse man überlegen auch die Eltern in die finanzielle Verantwortung zu nehmen. Der Vorsitzende antwortete, innerhalb der interkommunalen Kommunikation sei es Ziel eine genauere Vergleichbarkeit zum Schutz der Einrichtungen zu erörtern. Auch viele Träger gewährten schon Zulagen, hier könne man schauen auf welche Höhen man aufsattele. Eine Umleitung auf die Eltern durch Erhebung der Beiträge sei nicht angedacht. Stadträtin Ostermeier wies darauf hin, dass die Eltern nun Zusatzgeld vom Staat erhielten, es sei daher nicht nachvollziehbar warum die Eltern nicht in die Pflicht genommen würden. Wenn man

Qualität wolle müsse man für diese auch bezahlen. Ein höherer Beitrag sei auch deshalb sinnvoll, da man hier auf eine geringere Kindergruppenzahl Einfluss nehmen könne, wenn Eltern dann ihre Kinder nur für die wirklich notwendige Zeit unterbringen würden. Der Vorsitzende antwortete, in der Tabelle seien die Elternbeiträge abzüglich der neuen Zuzahlung aufgeführt. Hier müsse man entscheiden welche Belastung man einer Familie noch zumuten wolle. Stadträtin Gigliotti wies darauf hin, dass Puchheim eine der günstigsten Kinderbetreuungen im Landkreis für eine sehr lange Zeit angeboten habe, was sich jetzt räche. Man habe den Eltern hier das falsche Signal gesetzt, da eine Ganztagsbetreuung von neun Stunden abzüglich der neuen Zuschüsse 35 Euro koste. Der Vorsitzende antwortete, dies könne man so sehen. Man habe jetzt aber das Signal gegeben, dass dies auf Dauer nicht finanzierbar sei und habe daher mit den Trägern neue Verträge aufgesetzt. Wie sich die politische Landschaft weiterentwickle bliebe abzuwarten. Stadträtin Ehm war dagegen die Elternbeiträge anzuheben, da es eine Chance für alle Eltern geben müsse ihre Kinder in den Kindergarten zu geben. Zuhause seien manche Kinder nicht richtig betreut oder erhielten keine Förderung. Stadträtin Eger erkundigte sich, ob die Verwaltung über Kenntnisse bzw. Zahlen von Eltern verfüge, die mehr Stunden als nötig eine Kinderbetreuung buchen würden. Kindergärtenbeiträge seien früher auch einkommensabhängig gewesen. Der Vorsitzende erläuterte, dass nicht alle Eltern ihre Kinder nur für die notwendigen Stunden in die Betreuung geben würden. Eine Einschätzung sei schwierig und nicht an die Arbeitszeiten der Eltern zu koppeln. Gestaffelte Beiträge gebe es nicht mehr. Stadträtin Strobl- Viehhauser wies darauf hin, dass man als Kinderfreundliche Kommune die Beiträge nicht auf die Eltern mit hohen Beträgen abwälzen könne. Zahlen und Absprachen mit den anderen Kommunen seien sicher richtungsweisend. Stadträtin von Hagen erwiderte es sei ihr unbekannt, dass man für 135 Euro in Puchheim einen Ganztagsplatz buchen könne. Preistechnisch befände man sich im Mittelfeld. Der Zeitpunkt die Elternbeiträge zu erhöhen sei ungünstig, da diese derzeit nicht die eigentliche ursprünglich vereinbarte Leistung erhielten. Herr Tönjes führte aus, dass die Kinderbetreuung eine Errungenschaft sei, bezüglich derer die Kommunen verpflichtet seien diese ausreichend und bedarfsgerecht zu gestalten. Es sei bei einer bayernweiten Betrachtung zu beachten, dass es ein Stadt/Landgefälle gebe und sich die Arbeitswelt sowie auch die gesellschaftlichen Erwartungen und mithin auch die Bedürfnisse der Eltern in den letzten Jahren verändert hätten. Kindertageseinrichtungen stellten zudem nicht nur die Betreuung sicher, sondern seien auch Bildungsstätten. Deswegen sei es auch Aufgabe des Staates darüber nachzudenken, ob und in welcher Höhe man eine qualitative Finanzierung sicherstelle. Dies sei aber eine grundsätzliche politische Entscheidung. Wichtig sei ein Mandat vom Stadtrat ein Budget zu erhalten, damit man im Gespräch mit den Trägern die Bedürfnisse der Betroffenen diskutieren könne. Für die Einschätzung der Großraumzulagenzahlung benötige man konkretere Informationen, um auf deren Basis dann zeitnah hierüber entscheiden zu können. Der Vorsitzende ergänzte, dass man auch immer im Blick behalten müsse, wie man die zusätzlichen Finanzierungsaufgaben der Kommunen durch eine geeignete Gegenfinanzierung sicherstelle. Die Stadt übernehme bereits zahl-

reiche Aufgaben, die eigentlich nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich lägen. Der Staat müsse hier mehr Finanzierungsverantwortung übernehmen. Stadtrat Hoiß bat darum den konkreten Zeitraum des Sofortprogramms in den Beschlussvorschlag mitaufzunehmen, was allgemeine Zustimmung fand.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Einrichtung eines „Sofortprogramms KiTa 2020“ mit den dargestellten Schwerpunkten und einem Volumen von insgesamt 450.000 € für die Dauer von September 2020 bis August 2023 zu. Die Einzelheiten sollen nach Beratung mit den Teilnehmenden des KiTa-Gipfels durch die Verwaltung festgelegt werden. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, zur Umsetzung im Sozialausschuss zu berichten. Die Entscheidung über eine Kostenerstattung für die Großraum-München-Zulage wird getroffen, sobald weitergehende Informationen vorliegen.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10 Befangen 0

TOP 3 Verstetigung des Ehrenamtsprojekts für Jugendliche „Euer Engagement – Puchheim sagt Danke!“

Frau Schulte berichtete anhand einer PowerPoint Präsentation über das abgeschossene Projekt „Euer Engagement – Puchheim sagt Danke!“, das 2019 zum ersten Mal stattfand. Dieses würde einen großen Anreiz bei den Jugendlichen schaffen in einem Ehrenamt tätig zu werden. Das mediale Echo des Projektes sei durchweg positiv gewesen. Stadträtin von Hagen erkundigte sich, ob das Gutscheinheft von den Jugendlichen gut angenommen worden sei, was Frau Schulte bejahte. Stadträtin Gigliotti erkundigte sich, ob die Jugendlichen ein Zeugnis für ihre ehrenamtliche Tätigkeit erhalten hätten, was Frau Schulte bejahte. Stadtrat Hoiß bemängelte, dass auch einige ehrenamtlichen Tätigkeiten geehrt worden seien, die während der Schulzeit stattgefunden hätten. Als ein Ehrenamt gelte für ihn nur ein Engagement während der Freizeit. Frau Schulte antwortete, dass Schultechniker und- sanitäter oft bei Schulveranstaltungen außerhalb der normalen Schulzeit tätig gewesen waren. Stadtrat Hoiß bat darum, dies zum besseren Verständnis beim nächsten Mal zu erläutern. Stadträtin Wiesner sprach sich für das Projekt aus, da dieses gute Resonanz bei den Jugendlichen zeige. Sie bat, wie Stadträtin von Hagen, um einen noch genaueren Bericht über die tatsächliche Verwendung des Gutscheinheftes. Sie erkundigte sich, ob die 5.000,00 Euro aus der Förderung in Zukunft die Stadt selbst bezahlen müsse, was Frau Schulte bejahte. Stadträtin Gigliotti fragte warum in der Statistik für zukünftiges Ehrenamt wenig Jugendliche in der Kirche tätig sein wollten. Stadträtin Wiesner antwortete, dass die Jugendli-

chen, die in Bezug zur Kirche stünden, oft in dieser schon tätig seien. Stadtrat Wuschig gab zu bedenken, dass der Gesamtbetrag für das Projekt nicht wenig sei, angesichts der großen Wirkung und möglichen Einflussnahme auf die Zukunft vieler Jugendlicher solle aber investiert werden. Stadträtin Strobl-Viehhauser begrüßte, dass bei dem Projekt die Jugendlichen im Fokus stünden, da sich die Stadt sonst eher auf die Kinder oder Senioren mit Projekten konzentriere. Die Veranstaltung sei sehr gelungen und war wichtig für die Jugendlichen, auch um diese zu erreichen. Stadträtin Eger sei auch bei der Veranstaltung gewesen und habe sich mit den Jugendlichen im Gespräch befunden. Wichtig sei, dass das Ehrenamt nicht während der Schulzeit ausgeführt werde. Der Vorsitzende erkundigte sich, ob der Jugendbeirat zu dem Projekt schon befragt wurde. Stadträtin Strobl-Viehhauser antwortete, dass dieser grundsätzlich das Programm begrüße. Bezüglich der genaueren zukünftigen Ausgestaltung könne man mit diesem noch in Kontakt treten. Stadtrat Hoiß schlug vor den Beschluss um „im jährlichen Turnus“ und „i.H.v. 5.000,00 Euro jährlich“ zu ergänzen, was von allen begrüßt wurde.

Beschluss

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung und Verstetigung des Projektes „Euer Engagement – Puchheim sagt Danke!“ für Jugendliche im jährlichen Turnus“. Es wird mit einem jährlichen Budget i.H.v. 5.000,00 Euro ausgestattet. Dem Sozialausschuss ist über den Fortgang des Projektes zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10 Befangen 0

TOP 4 Projekt Ehrenamt für Senioren

Frau Schulte stellte das Projekt „Ehrenamt für Senioren“ vor, bei dem es vor allem darum ginge die Senioren in Puchheim aus ihrer Einsamkeit herauszuholen. Herr Dr. Türkner begrüßte als Vorsitzender des Seniorenbeirats das Projekt, welches nach Vorschlägen des Seniorenbeirates schon seit Jahren auf den Weg gebracht werden sollte. Wichtig sei es vor allem sicher zu stellen die richtigen Leute zusammenzubringen. Stadträtin Gigliotti wies darauf hin, dass es ein ähnliches Projekt bereits in Gröbenzell von der katholischen Kirche gebe, an dem man sich bei der Ausgestaltung orientieren könne. Stadtrat Hoiß fragte, warum ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis für die Ehrenamtlichen notwendig sei, da dieses ja vor allem einem Schutz Minderjähriger diene. Herr Tönjes antwortete, dass ein einfaches Führungszeugnis genüge, welches auf dem Verwaltungswege angefordert werden würde. Stadträtin Wiesner erkundigte sich, wie hoch die Kosten des Projektes sei. Herr Kulzinger antwortete, dass sich diese auf ca. 600,00 Euro pro Jahr belaufen werden. Stadtrat Wuschig fragte, ob

mit dem Projekt nur Senioren erreicht werden würden, die sich selbst melden. Die Herausforderung sei, diejenigen zu erreichen, die nicht selbst aktiv auf die Projektgestalter zugingen. Man solle auch versuchen das Kartenspiel für Bewegung an die Senioren weiterzugeben. Frau Schulte antwortete, dass man hier in Zusammenhang mit anderen Organisationen, wie beispielsweise Essen auf Rädern, versuchen werde die Senioren auf das Projekt aufmerksam zu machen. Eine Weitergabe des Kartenspiels an die Senioren sei bereits angedacht und werde zeitnah umgesetzt. Stadtrat Hoiß fragte, welche Senioren genau Zielgruppe des Projekts seien. Der Vorsitzende antwortet, dass primär die Senioren, die in ihren eigenen vier Wänden wohnten, Zielgruppe seien, da diese besonders vom öffentlichen Leben ausgeschlossen seien.

Beschluss

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Projektes „Seniorenbegleiter“. Das Projekt wird durch die Ehrenamtskoordinatorin betreut, über die Entwicklung des Projekts wird dem Sozialausschuss berichtet.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10 Befangen 0

TOP 5 Erlass der Satzung über die Benutzung öffentlicher Spielplätze der Stadt Puchheim (Spielplatzsatzung)

Stadträtin Strobl- Viehhauser stellte die Anmerkungen des Jugendbeirats in Folge der konstituierenden Sitzung vom 08.01.2020 vor. Dieser schlug vor, die Öffnungszeiten bereits auf 8:00 Uhr vorzuverlegen, da so Eltern, die ihre Kinder bei der Schule abgeben, mit jüngeren Geschwister die Spielplätze im Anschluss gleich nutzen könnten. Weiter sprach er sich gegen ein generelles Verbot für die Mitnahme von Haustieren, und stattdessen für eine grundsätzliche Leinenpflicht von Hunden auf dem Spielplatzgelände aus, da Familien mit Kindern und einem Hund nach der aktuellen Regelung keinen öffentlichen Spielplatz nutzen könnten. Herr Tönjes gab zu bedenken, dass an Sonntagen für eine lärmsensitive Umgebung eine Spielplatznutzung ab 8:00 Uhr eine Herausforderung werden könne. Wenn keine Störungen stattfinden würden, werde man sicher nicht Ordnungswidrigkeiten vor Ort kontrollieren. Die Regelungen seien für Extremfälle sowie zur Sicherung von Rechten und dem Nachbarschutz notwendig. Der Vorsitzende gab zu bedenken, dass eine Familie von 8:00 bis 9:00 Uhr nicht um den Spielplatz herumgehen müsse. Stadträtin Eger erkundigte sich, warum keine Mittagszeit ein-

gehalten werden müsse, hier sei Streit vorprogrammiert. Eine Mitnahme von Haustieren begrüße sie, da nicht der Hund schuld sei, wenn was etwas passiere, sondern immer nur der Halter. Stadtrat Hoiß antwortete, dass eine Mittagsruhe nach neuer Rechtsprechung nicht mehr eingehalten werden müsse, die Spielplatzzeiten seien entsprechend der Satzungen vergleichbarer Kommunen aufgeführt. Herr Tönjes verwies auf § 5 der Satzung, wonach zur Vermeidung von unzumutbaren Belästigungen der Nachbarschaft durch Lärm für einzelne Spielplätze Nutzungsbeschränkungen zu Benutzungsalter und Art und Zeit der Nutzung festgelegt werden können. Der Vorsitzende antwortete, dass sich gegenseitige Rücksichtnahme von selbst verstehe. Stadträtin Gigliotti erfragte, warum die Skaterbahn zeitlich begrenzt werden solle, da dort keine Anwohner in der Nähe seien. Der Vorsitzende erwiderte, dass nur so eine soziale Kontrolle möglich wäre. Stadtrat Wuschig betonte, dass die Kinder und Jugendliche auch auf gegenseitige Rücksichtnahme hingeführt werden müssten. Der Vorsitzende schlug vor allgemeine Regeltafeln aufzustellen, die auch gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen erarbeitet werden könnten, was allgemeine Zustimmung fand. Stadträtin von Hagen sprach sich gegen Hunde auf den Spielplätzen aus, da viele Hunde nicht erzogen seien und dies bei Kindern, die Angst vor Hunden hätten, kontraproduktiv wirke. Vormittags seien die meisten Kinder untergebracht und man finde hier kaum Kinder an. Am Wochenende bräuchten die meisten Kinder auch länger als 8:00 Uhr um aus dem Haus zu kommen. Es wurde kurz diskutiert, ob man über die Zulassung von Hunden getrennt abstimmen wolle. Der Vorsitzende und Stadtrat Hoiß schlugen vor, außerhalb der Spielplätze Anleinmöglichkeiten für Hunde aufzustellen, damit Familien mit Hund diesen mitnehmen könnten und im Blickfeld behalten könnten.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die vorgelegte „Satzung über die Benutzung öffentlicher Spielplätze der Stadt Puchheim (Spielplatzsatzung, SpielplS)“.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10 Befangen 0

TOP 6 Verwendung des Vereinsvermögens des Vereins Interessengemeinschaft der Bewohner Puchheim Planie e.V.

Stadtrat Hoiß äußerte sich entsetzt über die eingereichten Verwendungsvorschläge des ZaPs und des Quartiersbüros, da er diese nicht als sehr sinnvoll erachte. Herr Birinci vom Quartiersbüro erläuterte, dass es sich um erste Überlegungen handle. Es gehe bei dem Vorschlag um eine Förderung des Be-

wusstseins für Müllentstehung, sowie um eine höhere Identifizierung der Bewohner mit ihrer Umgebung. Dies erreiche man durch das Anbieten von Mitgestaltungsmöglichkeiten. Personal zur Müllbeseitigung sei ebenfalls angedacht, um die Bewohner auf ihr Umfeld aufmerksam zu machen. Das Quartiersbüro vermiete Räume im Stadtteilzentrum, auch hier würde man Personal benötigen. Es stünden noch viele kleinere Projekte an, für die das Geld verwendet werden könne. Ebenso gebe es zahlreiche Formate, die man noch entwickeln könne. Der Vorsitzende hielt den Vorschlag zur Müllbeseitigung bedenklich, da dies das falsche Signal dahingehend setzte, dass die Bewohner noch weniger Eigenverantwortung übernehmen würden. Die Vorschläge zur Gestaltung könne er sich gut vorstellen, dazu bräuchte man aber nicht 16.000,00 Euro. Das Projekt zur Raumorganisation begrüße er. Er ließe es in der Verantwortung der einzelnen Träger mit dem Geld vernünftig umzugehen. Stadträtin Ehm regte an ein großes Trampolin für die Kinder anzuschaffen, da dies nach einer Befragung deren größter Wunsch sei. Stadträtin von Hagen schlug vor, die Müllablageplätze mit kleinen Maßnahmen zur Motivation zu verhübschen. Der Vorsitzende schlug vor den Trägern das Geld zur Verfügung zu stellen, um genau diese Maßnahmen zu eruieren. Stadträtin Gigliotti bat darum, die Räume des Quartiersbüros nicht zum Nulltarif zur Verfügung zu stellen. Stadträtin Ostermeier ergänzte, dass eine Kaution verlangt werden müsse, Stadträtin Eger, dass nach einer Miete durch den Mieter selbst geputzt werden müsse. Herr Birinci versicherte, dass dies bereits alles so vertraglich vereinbart werde. Stadtrat Hoiß bat darum, darauf zu achten, dass kein Einweggeschirr mehr in den Räumlichkeiten durch die Mieter verwendet werde.

Beschluss

Das restliche Vereinsvermögen aus der Liquidation des Vereins „Interessengemeinschaft der Bewohner Puchheim Planie e.V.“ soll zu gleichen Teilen dem Sozialdienst Nachbarschaftshilfe Puchheim e. V. für das Mehrgenerationenhaus ZaP sowie dem Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Fürstenfeldbruck e.V. für das Quartiersbüro jeweils in Höhe von etwa 16.500,00 Euro zufallen. Diese Bestimmung der Begünstigten steht unter der Bedingung, dass die Vereine der Stadt ein Nachprüfungsrecht einräumen und sich zur Rückzahlung an die Stadt verpflichten, soweit Mittel nicht zweckentsprechend verwendet wurden.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10 Befangen 0

TOP 7 Mitteilungen und Anfragen

Herr Kulzinger berichtete von der Tagung des Arbeitskreises Gesunde Kommune sowie von einer Elternbefragung für die Bedarfserhebung der anstehenden Fortschreibung des Landkreiskonzeptes für die Familienbildung und die Familienstützpunkte, sowie der Anlieferung des Bauwagens für den Naturkindergarten. Stadtrat Hoiß fragte nach, warum es so lange gedauert habe bis dieser geliefert wurde. Herr Kulzinger antwortete, dass man die Baugenehmigung erst sehr spät erhalten habe und nach den internen Vorschriften erst im Nachgang eine Ausschreibung erfolgen könnte.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses um 19:16 Uhr.

Vorsitzender:	Schriftführer/in:
Norbert Seidl Erster Bürgermeister	Katharina Bock